missio: Pakistan darf Prozess gegen Asia Bibi nicht verschleppen

19. Juni 2017

Aachen (KNA) Acht Jahre nach ihrer Verhaftung wegen angeblicher Blasphemie wartet die pakista-
nische Christin Asia Bibi weiter auf ein Urteil.

Das internationale katholische Hilfswerk missio Aachen appellierte deshalb am Freitag an die Bundesregierung und die pakistanische Regierung, endlich für Gerechtigkeit zu sorgen.

„Wir machen uns große Sorgen um Asia Bibi, weil ihre Berufungsverhandlung immer weiter verschleppt wird“, sagte missio-Präsident Klaus Krämer. Bibi war nach einem Streit mit Erntearbeiterinnen am 19. Juni 2009 festgenommen, der Blasphemie angeklagt und 2010 zum Tod verurteilt worden. Sie bestreitet alle Vorwürfe.

Berufungen in den ersten Instanzen scheiterten. Der Fall ist seitdem in letzter Instanz am Obersten Gerichtshof in Pakistan anhängig. Einer der drei zuständigen Richter hatte sich im Oktober für befangen erklärt, weshalb die angesetzte Berufungsverhandlung verschoben wurde.

Zuletzt lehnte die pakistanische Justiz im April den Antrag ab, eine Verhandlung in diesem Juni anzusetzen. Es ist laut missio noch kein Richter für die entsprechende Kammer nachnominiert worden.

Krämer sagte dazu, der Druck islamistischer Fanatiker auf den Obersten Gerichtshof sei enorm; sie
drohten mit offener Gewalt, sollte das Todesurteil gegen Bibi aufgehoben werden. „Davor haben die Richter Angst.“

Christliche Organisationen befürchten, dass eine Berufung so lange hinausgeschoben werde, bis die fünffache Mutter und ihre Familie vollständig zermürbt seien oder sie sogar sterbe.

Bisher wurde in Pakistan noch kein Todesurteil wegen Blasphemie tatsächlich vollstreckt. Zuletzt wurde Anfang Juni ein 30-jähriger Muslim schiitischen Glaubens aufgrund von Kommentaren auf Facebook wegen Blasphemie zum Tod verurteilt. „Der Missbrauch der Blasphemiegesetze in Pakistan nimmt immer stärkere politische Dimensionen an.

Er wird jetzt auf den digitalen Raum ausgedehnt“, so Krämer. Gleichzeitig erfolgten immer mehr Anzeigen wegen Blasphemie in Zusammenhang mit neueren Anti-Terror-Gesetzen in Pakistan.

Der missio-Präsident appellierte an die Bundesregierung, sich deshalb im Gespräch mit der pakistanischen Regierung dafür einzusetzen, dass „der Missbrauch der Blasphemiegesetze wirksam eingedämmt wird“.

(KNA – rkqlq-89-00014)

Stand: 13. November 2026